Mehr als 27.000 Demonstranten zum Auftakt der "Grünen Woche" in Berlin

In Merkels Kanzlerschaft mussten 130.000 Bauernhöfe schließen Sonntag 19. Januar 2020 - **Berlin (wbn). Bauernhöfe unterstützen, Insektensterben stoppen und konsequenten Klimaschutz – das haben 27.000 Menschen bei der „Wir haben es satt!"-Demonstration zum Auftakt der „Grünen Woche" in Berlin gefordert.**

„Wir haben die Alibi-Politik des Agrarministeriums gehörig satt!", sagt Bündnis-Sprecherin Saskia Richartz. Die Bundesregierung trage die Verantwortung für das Höfesterben und den Frust auf dem Land. Seit 2005, als Angela Merkel Kanzlerin wurde, mussten 130.000 Höfe schließen – im Schnitt gab ein Familienbetrieb pro Stunde auf.

Fortsetzung von Seite 1

Die Klimakrise, zu viel Nitrat im Grundwasser und das dramatische Artensterben würden zeigen, dass es so nicht weitergeht. „Reden reicht nicht, die Zeit der Ankündigungen ist vorbei. Wir messen Agrarministerin Klöckner daran, was bei ihrer Politik unter dem Strich für Bauernhöfe, Tiere und das Klima herauskommt. Bislang ist diese Ministerin in dieser Hinsicht eine Nullnummer!", so Richartz. „Wir fordern, dass die Bundesregierung 2020 bei der EU-Agrarreform Nägel mit Köpfen macht. Jetzt heißt es für Julia Klöckner: Ärmel hochkrempeln und die Agrarwende anpacken!"

Der Bundesregierung kommt während ihrer EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahres-hälfte eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) zu. Mit den rund 60 Milliarden an Fördergeldern pro Jahr sind nach Ansicht der Organisatoren dieser Demonstration zukunftsfähige Landwirtschaft und gutes Essen auf den Tellern europaweit möglich. Elisabeth Fresen, 29-jährige Bäuerin mit einem 160-Hektar-Betrieb und 100 Mutterkühen aus Verden/Aller, sagt: „Wir Bäuerinnen und Bauern jammern nicht, wir packen an. Viele Betriebe sind der Politik in Sachen Tier- und Klimaschutz schon große Schritte voraus. Wenn Landwirtschaft und Gesellschaft jetzt an einem Strang ziehen, können wir der bauern- und umweltfeindlichen Politik ein Ende machen. Mit einer enkeltauglichen Agrarpolitik und fairen Preisen sind Tierwohl, Insektenschutz und gesundes Essen für alle machbar."